

Bericht
des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport
betreffend
Einführung des Pflichtgegenstands "Politische Bildung"

[Landtagsdirektion: L-2013-89413/2-XXVII,
miterledigt [Beilage 858/2013](#)]

Junge Menschen haben seit der Senkung des Wahlalters bereits ab dem 16. Lebensjahr die Möglichkeit, aktiv am politischen Geschehen mitzuwirken und ihre Stimme abzugeben. Pädagogisch umso wichtiger ist eine Sensibilisierung im Umgang mit Politik durch eine möglichst lebensnahe Vermittlung nationaler und internationaler politischer Systeme und demokratischer Entscheidungsfindungsprozesse. Es gilt, jungen Menschen möglichst früh ein Grundverständnis von politischen Zusammenhängen mitzugeben und damit zu ihrer Entwicklung zu mündigen Bürgerinnen und Bürger beizutragen.

"Politische Bildung" wird derzeit jedoch in den unterschiedlichen Schulformen überwiegend fächerübergreifend unterrichtet. Eine Ausnahme stellen nur die Berufsschulen dar. Eine besondere Schwerpunktsetzung für politische Bildung erfolgt in den Handelsakademien, HTL, HBLA sowie AHS und Neue Mittelschule stets im Rahmen des bestehenden Unterrichts in den Fächern Recht oder Geschichte und Sozialkunde. Der in diesen Fächern zu vermittelnde Stoffumfang ist jedoch enorm und kann der Verantwortung der politischen Aufklärung der jungen Menschen und der Vorbereitung auf die kommenden Herausforderungen nur schwerlich Rechnung tragen. Der Umfang und die Dichte des Lehrplans der aktuellen Fächerkombinationen erlauben dabei kaum einen praxisnahen Unterricht, in dessen Rahmen auch unterschiedliche pädagogische Elemente, wie zB Planspiele, berücksichtigt werden können. Ein eigenes Pflichtfach "Politische Bildung" ab der achten Schulstufe garantiert die Fokussierung auf diese wesentlichen Bereiche.

Politische Bildung kann und soll junge Menschen befähigen, gesellschaftliche, historische und politische Zusammenhänge zu erkennen und die Entwicklung zu emanzipierten, freien und kritischen Menschen fördern. Dieser Gegenstand soll darüber hinaus Schülerinnen und Schüler das österreichische politische System, die österreichische Parteienlandschaft und die Stellung Österreichs im europäischen und internationalen Kontext näherbringen, die Bundesverfassung mit ihren Grundsätzen darstellen und junge Menschen über ihre Rechte und Pflichten als Staatsbürgerinnen und Staatsbürger informieren.

Das Fach "Politische Bildung" hat auf historische Ereignisse und Entwicklungen Bezug zu nehmen, doch ein vorrangiges Ziel politischer Bildung ist es, Demokratie erlebbar zu machen und jungen Menschen Möglichkeiten einer verantwortungsbewussten Mitgestaltung und aktiven Teilhabe zu verdeutlichen. Der Unterricht kann dabei über reine Wissensvermittlung hinausgehen und zB in Form einer offenen Diskussionsplattform abgehalten werden. Darüber hinaus sollen die demokratischen Prozesse beispielsweise über die vermehrte Abhaltung von Schülerinnen- und Schülerparlamenten, sowie durch Parlamentsbesuche oder Besuche von Institutionen der Europäischen Union den Schülerinnen und Schülern lebendig nähergebracht werden.

Begleitend zur Einführung des Pflichtfachs "Politische Bildung" ist dieses Thema auch in der Lehrerinnen- und Lehreraus- und -weiterbildung stärker zu berücksichtigen. Eine Schwerpunktsetzung in der Ausbildung ermöglicht es den Pädagoginnen und Pädagogen, politische Bildung möglichst lebensnah und aktuell zu vermitteln.

Der Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport beantragt, der Oberösterreichische Landtag möge beschließen:

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, die Bundesregierung zu ersuchen, die notwendigen Schritte für die zeitnahe Einführung eines Pflichtgegenstands "Politische Bildung" zu setzen.

Linz, am 8. Mai 2013

Mag. Baier
1. Obmann-Stv.

Mag. Kirchmayr
Berichterstatteerin